

Dr. Dieter Dohmen, Direktor des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS), Berlin

Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita bis zur Weiterbildung – Deutschland und Österreich im internationalen Vergleich

Vortrag beim Dialog der Sozialpartner, 3.10.2007 in Bad Ischl (Österreich)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. Einleitung | 2 |
| 2. Der Bildungsstand der Bevölkerung im internationalen Vergleich | 2 |
| 3. Einige makroökonomische Indikatoren | 3 |
| 4. Die Finanzierungsstruktur der einzelnen Bildungsbereiche und deren Verteilungswirkungen | 4 |
| 4.1 Der Kita-Bereich | 5 |
| 4.2 Die allgemeinbildenden Schulen | 8 |
| 4.2.1 Primar- und Sekundarstufe I | 8 |
| 4.2.2 Sekundarstufe II | 12 |
| 4.3 Die berufliche Bildung | 13 |
| 4.4 Die Hochschule | 16 |
| 4.5 Die Weiterbildung..... | 19 |
| 5. Zusammenfassung: Bildungsfinanzierung von der Kita bis zur Weiterbildung | 21 |
| Literatur | 22 |

1. Einleitung

In Deutschland wie in fast allen anderen Ländern hat die Diskussion über die Finanzierung des Bildungssystems eine lange Tradition. Diese beschränkt sich allerdings meist auf einzelne Bildungsbereiche. D. h. entweder wird die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen oder die der Hochschulen oder die der Weiterbildung diskutiert und reformiert.

Der vorliegende Beitrag geht einen Schritt weiter und thematisiert die Finanzierung der Bildung bereichsübergreifend, d. h. von der "Wiege bis zur Bahre".¹ Im folgenden Kapitel werden zunächst die Finanzierungsstrukturen einschließlich der Finanzlastverteilung sowie der Nutzungsstrukturen nach Bildungsbereichen getrennt dargestellt. Dies dient dazu, die Transparenz der anschließenden Gesamtübersicht und der darin abgeleiteten Analysen und Schlussfolgerungen zu erhöhen. Abschließend sollen erste Überlegungen zu einem vereinheitlichten Finanzierungssystem angestellt werden. Darüber hinaus werden die Befunde in den internationalen Kontext auf der Basis der OECD-Indikatoren eingeordnet. Vorab sei darauf hingewiesen, dass die Ausgabenwerte in nationaler und internationaler Abgrenzung divergieren. An entsprechenden Stellen wird darauf zurückzukommen sein. Unabhängig von nationaler oder internationaler Abgrenzung bleiben die Lebensunterhaltskosten, sog. Bildungsausgaben 2. Grades bei den Berechnungen der Aufwendungen pro Schüler/in stets unberücksichtigt (Hetmeier/Wilhelm/Baumann 2007, S. 71).

2. Der Bildungsstand der Bevölkerung im internationalen Vergleich

Betrachtet man den Bildungsstand der Bevölkerung anhand der drei wesentlichen Qualifikationsgruppen, Personen mit höchstens Sekundarstufe I-Abschluss (Haupt- oder mittlerer Schul/Volksschulabschluss), Personen mit Sekundarstufe II-Abschluss (Abitur/Matura und Berufsausbildung) sowie Tertiärabschluss², dann zeigt sich, dass Österreich mit 18 %, nach Italien den niedrigsten Anteil an Tertiärsolventen hat, Deutschland liegt mit 25 %, gemeinsam mit Frankreich unmittelbar davor. In beiden Ländern gibt es zudem mit 6 bzw. 9 % einen vergleichsweise hohen Anteil an Personen mit einer postsekundären, jedoch nicht tertiären Ausbildung, wozu Ausbildungsgänge zählen, die faktisch das Abitur bzw. die Matura erfordern, jedoch nicht auf tertiärem Niveau angeboten werden. Hierzu zählen einige hochqualifizierende duale Ausbildungsgänge.

¹ Für ähnliche Ansätze in Deutschland siehe Sachverständigenrat Bildung (1998), Ehmann (2001) und Dohmen (2004).

² Der Tertiärabschluss umfasst neben dem Hochschulstudium in beiden Ländern auch die Meisterprüfung bzw. vergleichbare Abschlüsse; in den meisten anderen Ländern sind dies Hochschulstudiengänge mit weniger als drei Jahren Studiendauer.

Im mittleren Qualifikationssegment zählen beide Länder zu denjenigen mit den höchsten Anteilen (Österreich 54 %; Deutschland 52 %); lediglich Japan (60 %), Großbritannien (56 %) und die Schweiz (55 %) weisen etwas höhere Quoten auf.

Bei der Entwicklung des Anteils an Tertiärabsolvent/innen an der jeweiligen Alterskohorten zeigt sich allerdings ein wichtiger Unterschied. Während Deutschland im Prinzip einen Stillstand zu verzeichnen hat – der leichte Rückgang bei den 25- bis 34-Jährigen dürfte noch durch „Nachzügler“ ausgeglichen werden – hat sich der Anteil in Österreich von 14 % bei den 55- bis 64-Jährigen auf knapp 20 % bei den 25- bis 34-Jährigen erhöht. Da sich beide Entwicklungen fast identisch, wenn auch natürlich auf einem höheren Niveau, bei denjenigen mit einem Sekundarabschluss zeigen, folgt daraus, dass Österreich es geschafft hat, seine nachwachsenden Erwerbskohorten höher zu qualifizieren als die vorhergehenden, während in Deutschland nahezu Stillstand herrscht. In der Folge hat Deutschland seine frühere internationale Spitzenposition deutlich eingebüßt und rangiert heute nur noch im Mittelfeld der OECD-Staaten bzw. am unteren Ende der führenden Industriestaaten. Dies wird auch durch das duale System nicht ausgeglichen, auch wenn es zweifellos eine wichtige Rolle spielt. Österreich hat sich etwas an die internationalen Werte angeglichen, ohne jedoch seine Position wirklich entscheidend verbessern zu können.

3. Einige makroökonomische Indikatoren

Es ist heute üblich geworden, als makroökonomischen Indikator das Verhältnis der Bildungsausgaben im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt zu betrachten, um daraus die Bedeutung abzulesen, die ein Land dem Bildungsbereich zukommen lässt. Allerdings sollte man auch darauf hinweisen, dass dieser Indikator einige Verzerrungen aufweist, die sich z.B. aus unterschiedlichen demografischen Faktoren, wie etwa der Schüler/innenkohorte ableiten.

Die nachfolgende Abbildung zeigt dabei, dass Deutschland im Jahr 2004 5,1 % und Österreich 5,4 % für die drei Bereiche des Bildungswesens, Kita, Schule und Hochschule aufgewendet haben. Damit liegen beide Länder unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 %. International führend sind die USA (7,4 %), Korea (7,2 %) und Dänemark (7,0 %). Der Abstand zu Deutschland beträgt damit rund 2 Prozentpunkte, für Österreich ist es etwas weniger.

Auf der anderen Seite wenden nur Italien, Irland, Japan und die Niederlande weniger für Bildung auf als Deutschland und Österreich, gemessen am BIP.

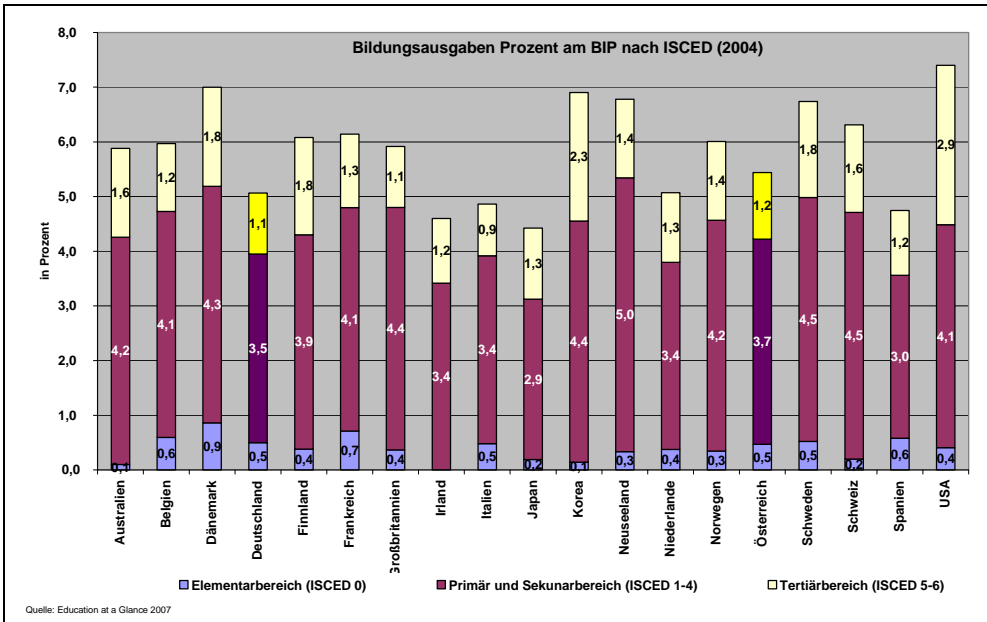


Abbildung 1: Bildungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

4. Die Finanzierungsstruktur der einzelnen Bildungsbereiche und deren Verteilungswirkungen

In den folgenden Betrachtungen wird zwischen den Kosten für den Bildungsprozess und den darüber hinausgehenden Aufwendungen für den Lebensunterhalt differenziert, sofern letztere als zusätzlich und explizit durch die Bildungsbeteiligung bedingt angesehen werden können, was sinnvoller Weise nicht für den Primar- und Sekundarbereich I angenommen werden kann. Dieser Ansatz folgt der Überlegung, dass Schüler/innen und Studierende bzw. insbesondere deren Eltern diese "Grenz-Ausgaben" als entscheidungsrelevant betrachten, wenn andere Ausbildungs- und Berufswege offenstehen, für die diese Ausgaben nicht anfallen. Dieser Ansatz unterscheidet sich von vielen anderen ökonomischen Arbeiten, die davon ausgehen, dass die Ausgaben für den Lebensunterhalt unabhängig von der Bildungsbeteiligung anfallen und insoweit nur die zusätzlichen, unmittelbar ausbildungsbedingten Kosten, z.B. für Lehr- und Lernmaterialien, berücksichtigen (vgl. Billerbeck 1968; Holtzmann 1994). Dieser Ansatz mag zwar für die Bildungsteilnehmenden zutreffend sein, vernachlässigt aber, dass dies nicht für die Eltern gilt, die weite Teile der Ausbildung finanzieren. Der etwas weitergehende Ansatz der vorliegenden Arbeit findet seine Rechtfertigung in einer differenzierteren Betrachtung zwischen den Bildungsteilnehmern und den viele Bildungsmaßnahmen (zumindest teilweise) finanzierenden Eltern. Für sie stellen diese Ausgaben echte Opportuni-

tätskosten der Ausbildung ihrer Kinder dar; diese Beiträge könnten sie alternativ für eigene Konsumzwecke verwenden.

4.1 Der Kita-Bereich

Betrachtet man zunächst die jährlichen Ausgaben je Kind, wie sie aktuell wieder im OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ (2007a) ausgewiesen werden, dann liegen diese in beiden Ländern (Deutschland: \$ 5.489³ bzw. € 4.908, Österreich \$ 6.106 bzw. € 5.300) deutlich sowohl über dem OECD- als auch dem EU 19-Durchschnitt. Auffallend sind die in beiden Ländern überdurchschnittlichen privaten Finanzierungsanteile (siehe Abbildung 2 und Abbildung 3). Liegt der staatliche Finanzierungsanteil im Durchschnitt aller OECD Staaten bei 80 % und im Mittel der EU 19-Staaten gar bei knapp 88 %, so entfallen in Deutschland und Österreich nur um die 70 % der Ausgaben auf die öffentliche Hand, d. h. umgekehrt, dass (annähernd) 30 % privat getragen werden. Beide Länder haben eine weitere Besonderheit, indem die privaten Ausgaben nicht nur von den Eltern, sondern auch von den freien Trägern getragen werden. Nach Schätzungen des FiBS tragen die Eltern in Deutschland wie Österreich ca. 22 % und die Träger 6 % bzw. 8 %. Anders ausgedrückt entstehen in Deutschland der öffentlichen Hand durchschnittliche Ausgaben von € 295, den Trägern von € 24 und den Eltern von € 90 pro Monat und Kind. Für Österreich belaufen sich die korrespondierenden Beträge auf € 355, € 50 und € 140. Ein auf die *öffentliche* Finanzierung beschränkter Ländervergleich auf Basis der OECD-Zahlen zeigt, dass die Ausgaben pro Vollzeit-Kitaplatz mit \$ 3.944 in Deutschland und \$ 4.275 in Österreich zwischen dem EU 19 (\$ 4.300) und dem OECD-Durchschnitt (\$ 3.792) liegen.

Von Interesse ist noch, dass der mit Abstand größte Teil der öffentlichen Finanzierung in Deutschland durch die Kommunen geleistet wird. Da zudem die Länder teilweise den Kommunen freie Hand bei der Höhe der Kita-Finanzierung lassen, bedeutet dies eine sehr heterogene Finanzierungsstruktur im Detail. Auch die Gebührenregelungen sind sehr unterschiedlich, manche Kommunen staffeln die Elternbeiträge bspw. nach Einkommen und Kinderzahl, andere erheben einheitliche Beiträge unabhängig von der familiären Situation. Auch die öffentliche Förderung der Einrichtungen basiert auf jeweils unterschiedlichen Finanzierungssystemen: Neben klassischen Formen der Angebotsfinanzierung, wird vielfach auch nachfrageorientiert finanziert, d. h. die staatlichen Zuschüsse werden pro Platz oder pro Gruppe vergeben bzw. in Form von so genannten Kita-Gutscheinen wie sie im August 2003 in Hamburg und mittlerweile in abgewandelter Form, zum Teil als Gutschein ähnliches System, auch in Berlin und in Bayern eingeführt wurden (vgl. Dohmen 2007b).⁴

³ Alle im Rahmen des OECD Berichts „Bildung auf einen Blick“ veröffentlichten Angaben beziehen sich der internationalen Vergleichbarkeit wegen auf kaufkraftbereinigte US-Dollar (vgl. OECD 2007a, S. 440). Die Kita-Kosten pro Kind basieren auf Vollzeitäquivalenten.

⁴ In Hamburg zeigt sich zwar einerseits ein deutlicher Ausbau des Angebots, allerdings auch eine starke soziale Spaltung. So ist das Angebot insgesamt um 15 % gestiegen, allerdings setzt sich dies aus einer Steigerung von 25 % in den sozial bessergestellten und einem Rückgang von 10 % in den schwächeren Stadtteilen zusammen. Dies ist in Teilen darauf zurückzuführen, dass einige wichtige und teilweise auch unab-

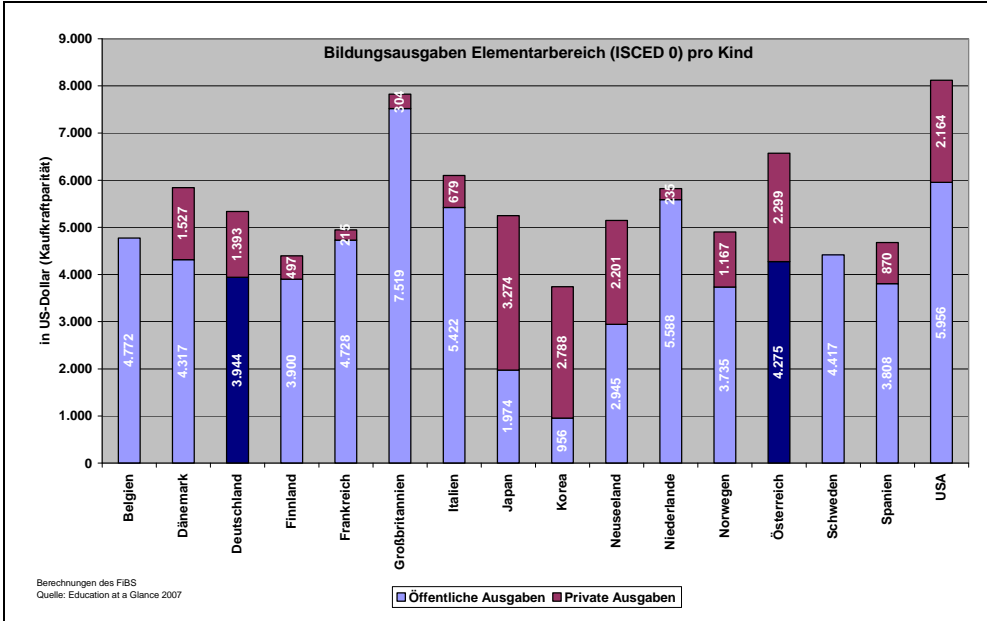


Abbildung 2: Kita-Ausgaben je Kind (in US-Dollar KKP)

Trotz der teilweisen Erhebung von Kindergartengebühren, die zudem häufig mit dem Elterneinkommen steigen, kommen Kreyenfeld/Spieß/Wagner (2002b) sowie Kreyenfeld/Spieß (2002a) zu dem Ergebnis, dass Familien mit mittleren Einkommen die größten Nutznießer der öffentlich finanzierten Kindertageseinrichtungen sind. Bei Familien im untersten Einkommensquintil sei die Einkommensbelastung mit 4 % doppelt so hoch wie im höchsten Quintil und der jährliche Netto-Transfer mit € 941 niedriger als im 2., 3. und 4. Quintil mit € 1.181, € 1.074 bzw. € 1.007. Ferner sei der Nutzungsanteil mit 34,0 % in diesem Einkommensquintil deutlich niedriger als in den mittleren Quintilen, in denen er zwischen 42,4 % und 47,5 % liege.

dingbare Faktoren nicht oder unzureichend berücksichtigt wurden, so dass die aufgezeigte Entwicklung absehbar war. Für grundlegendere Überlegungen zu Anforderungen und Rahmenbedingungen der Konzeption und Einführung von Kita-Kita-Gutscheinen vgl. Dohmen (2004).

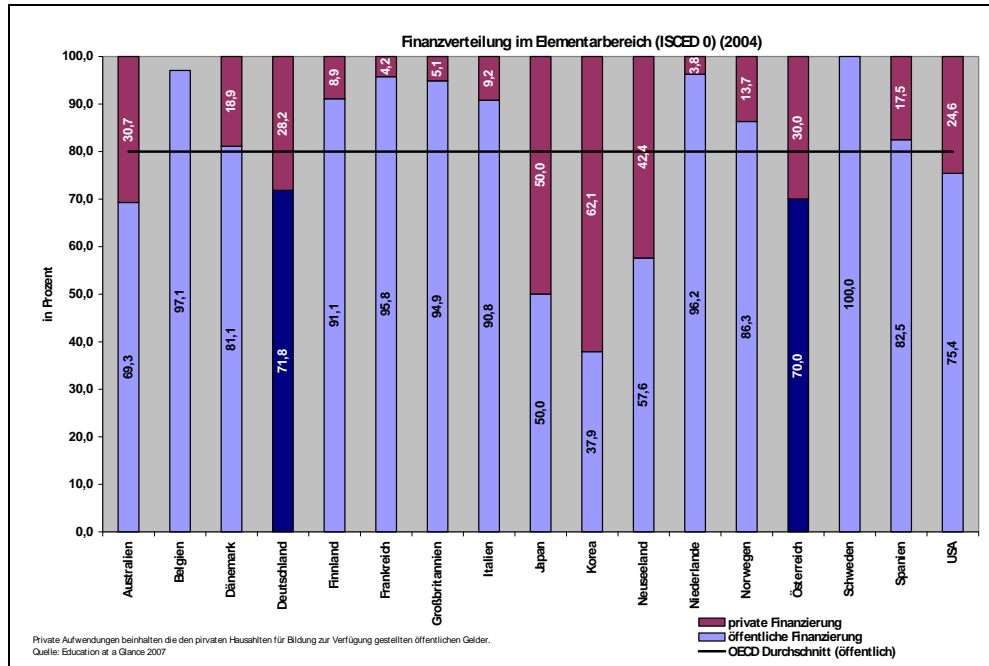


Abbildung 3: Finanzlastverteilung im Elementarbereich in ausgewählten Ländern

Auf Basis des SOEP hat das FiBS eigene Berechnungen zur Kita-Nutzung nach Erwerbstatus und Haushaltsstruktur durchgeführt, die die dargelegten monetären Zusammenhänge ergänzen sollen. Anhand des Erwerbstatus lassen sich die Vorteile der Kinderbetreuung, und hier insbesondere der ganztägigen Kinderbetreuung, für die Haushalte aus einer anderen Perspektive erfassen. Die im Folgenden dargelegten Prozentwerte stellen den Anteil der Kinder, die eine ganztägige Betreuung nutzen an allen Kita-Kindern der entsprechenden Gruppe dar. Aufgrund des sich stark unterscheidenden Ganztagskinderbetreuungsangebots in Ost- und Westdeutschland werden beide Teile Deutschlands getrennt ausgewiesen. Für die Gruppe der Alleinerziehenden zeigt sich im Osten mit 85,5 % wie im Westen mit 78,4 % im Falle einer Vollzeitbeschäftigung eine sehr hohe Quoten ganztägiger Kita-Nutzung. Bei Teilzeitbeschäftigten sind diese Quoten in beiden Teilen Deutschlands erheblich niedriger (31,9 % im Osten und 46,8 % im Westen). Wenig überraschend zeigen sich auch bei Paarhaushalten starke Zusammenhänge zwischen dem Erwerbstatus und der Nutzung ganztägiger Betreuung. In Haushalten, in denen neben dem Haushaltsvorstand auch der Partner Vollzeit erwerbstätig ist, beträgt der Anteil ganztägiger Betreuung im Osten 70 % und im Westen fast 60 %. Eine unterschiedliche Nutzung zwischen den beiden Teilen Deutschlands findet sich in Haushalten, in denen eine Person Vollzeit- und eine Teilzeit beschäftigt ist. Sinkt in Westdeutschland (33,1 %) der Anteil gegenüber den Haushalten mit zwei Vollzeit erwerbstätigen Personen, so ist in Ostdeutschland ein Anstieg auf 84,7 % festzustellen. Die geringsten Anteile ganztägiger Betreuung finden sich in jenen Paarhaushalten, in denen eine Person entweder gar nicht bzw. nur geringfügig erwerbstätig ist (Ost: 46,3 %,

West 17,8 %). Damit kann zumindest festgehalten werden, dass – erwartungsgemäß – der Zugang zur Ganztags-Kita deutlich mit der Erwerbssituation zusammenhängt, wobei dies in den neuen Ländern wesentlich weniger der Fall ist, d.h. hier ist der Zusammenhang mit der Erwerbssituation deutlich schwächer. Dies ist allerdings insofern nicht verwunderlich, als das Angebot an entsprechenden Plätzen auch deutlich größer ist. Daraus folgt zugleich, dass die unzureichende Angebotsituation und -struktur in den alten Ländern zugleich dazu führt, dass bildungsferne Schichten unzureichend erreicht werden. Der Ausbau der Krippenbetreuung ist somit zumindest ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der allerdings voraussichtlich nicht ausreichen wird, um Chancengleichheit oder Startchancengerechtigkeit herzustellen – hierzu wären weitere Anstrengungen erforderlich.

4.2 Die allgemeinbildenden Schulen

Anders als die Kindertageseinrichtungen werden die Schulen fast ausschließlich aus den öffentlichen (Länder-) Haushalten finanziert. Allerdings ist – wie noch zu zeigen sein wird – die (Grenz-) Finanzierungslast für die Eltern in der Primarstufe und Sekundarstufe I eine andere als in der Sekundarstufe II, wenn es Entscheidungsalternativen zwischen unterschiedlichen Ausbildungswegen gibt, auch wenn die Eltern in aller Regel keine Kosten für den Besuch der Einrichtung zu tragen haben. Es bietet sich daher an, zwischen den einzelnen Bereichen zu unterscheiden.

4.2.1 Primar- und Sekundarstufe I

Im Gegensatz zum Elementarbereich zeigen sich in der finanziellen Ausstattung der Primär- und Sekundarstufe I zwischen Deutschland und Österreich klare Unterschiede. Liegt Deutschland in beiden Bildungsbereichen deutlich unterhalb des OECD- und EU 19-Durchschnitts, so befindet sich Österreich in der Gruppe, die die höchsten finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Hier soll nicht auf ein Ranking hingewiesen, sondern festgestellt werden, dass Deutschland in beiden Bereichen lediglich knapp zwei Drittel der von Österreich zur Verfügung gestellten Mittel pro Schüler/in aufwendet.⁵ Im Hinblick auf die Schüler/innenleistungen besonders bedenklich sind dabei die relativ hohen Lehrergehälter, die sich in beiden Ländern kaum unterscheiden (OECD 2007a, S. 396) und die zumindest in Deutschland mit niedrigen Sachmittelausgaben einhergehen. In Deutschland liegt der Anteil der Personalkosten für Allgemeinbildende und berufliche Schulen bei knapp 88 % (Bund-Länder-Kommission 2006, S. 76). Einzelne Analysen zeigen eine signifikant positive Korrelation zwischen der Sachmittelausstattung und Schüler/innenleistungen (Pritchett/Filmer 1999), was bedeuten würde, dass Deutschland seinen Sachmittelanteil deutlich erhöhen müsste – das dies nicht ohne zusätzliche Mittel möglich ist, versteht sich von selbst.

⁵ Eine detaillierte Darstellung der Ausgabenschätzung öffentlicher Schulen pro Schüler/in anhand verschiedener Datenbestände (insbesondere der Schul- und Finanzstatistik) findet sich bei Hetmeier/Baumann (2007).

Durchschnittlich wurden in Deutschland im Jahr 2003 € 3.900 für einen Primarschüler, € 5.300 für einen Haupt- und € 4.400 für einen Realschüler sowie € 5.400 für einen Gymnasiasten ausgegeben (vgl. Bund-Länder-Kommission 2006, S. 74). Unter Berücksichtigung der Aufwendungen insbesondere für Schulbücher und Nachhilfe schätzt das FiBS anhand der vorliegenden Zahlen von 2004 (Wilhelm/Baumann 2007) die privaten Aufwendungen auf ca. € 4,47 Mrd. für die allgemeinbildenden Schulen insgesamt (vgl. Dohmen/Hoi 2004).⁶ Verteilt man diese anteilig auf die einzelnen Bildungsbereiche, dann errechnet sich daraus ein durchschnittlicher Betrag von € 38 pro Monat und Schüler/in.

Kommentar [Ku1]: Zahl ist berichtigt.

Verteilungspolitisch ist festzustellen, dass in allen Bundesländern in der Realschule die geringsten Aufwendungen pro Schüler/in geleistet werden und, mit Ausnahme von Hessen, Gymnasien den höchsten Betrag pro Schüler/in erhalten, auch wenn dieser von dem an Hauptschulen zur Verfügung gestellten Betrag zumeist nur gering abweicht. Jenseits der finanziellen Ausstattung ist die Bildungsbeteiligung anhand sozioökonomischer Merkmale unter sozialpolitischen Gesichtspunkten von hohem Interesse. Unabhängig von den einzelnen Bezeichnungen werden Bildungsgänge der Haupt- und Realschule und des Gymnasiums angeboten, wobei sich die Schularten in den einzelnen Bundesländern erheblich unterscheiden. Das Gymnasium existiert in allen Ländern als eigenständige Schulform, während erstere auch zu Schularten mit mehreren Bildungsgängen zusammengefasst sein können, z. B. in etlichen ostdeutschen Bundesländern. Selektionseffekte zeigen sich auch daher speziell anhand der Zusammensetzung der gymnasialen Schülerschaft. Nach aktuellen Berechnungen des FiBS anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 2003 bis 2006 besuchen 44 % der 14-Jährigen Kinder aus Haushalten, deren Haushalts-Äquivalenz-Einkommen über dem Median liegt, das Gymnasium aber nur 22 % der Kinder, deren Haushalts-Äquivalenz-Einkommen unterhalb des Median liegt. Dies steht in Einklang mit Befunden der PISA-2000-Studie, wonach „die sozialen Disparitäten beim Gymnasialbesuch besonders ausgeprägt sind“ (Baumert 2001, S. 359). Allerdings kann man zugleich beträchtliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern konstatieren, wobei die neuen Länder geringere sozioökonomische Unterschiede aufweisen wie die alten (Dohmen/Weißhuhn/Große Rövekamp 2007).

Es folgt ein differenzierter Vergleich der Bildungsausgaben für den Primar- bzw. Sekundarbereich I. Vergleicht man die Bildungsausgaben für den Primarbereich, dann zeigt sich, dass Deutschland mit rund \$ 4.950 deutlich unter dem Wert von Österreich \$ 7.670 liegt, d.h. Deutschland gibt gut ein Drittel weniger aus als Österreich, was u. W. insbesondere auch durch kleinere Klassen bedingt ist.

Betrachtet man in einem weiteren Schritt die Ausgaben je Schüler/in in der Sekundarstufe I, dann zeigen sich in beiden Ländern höhere Werte als in der Primarstufe. Während Deutschland \$ 6.080 und damit

⁶ Die Schätzung basiert auf den direkten privaten Aufwendungen für die allgemeinbildenden Schulen einerseits und auf den im Bildungsbudget angegebenen Aufwendungen der privaten Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen andererseits, wobei letztere um die Ausgaben von Studenten und Berufsschülern bereinigt werden (vgl. Dohmen/Hoi 2004, S. 31).

gut 20 % mehr ausgibt, sind es in Österreich \$ 8.970 – 17 % mehr. Gegenüber dem OECD-Durchschnitt von rund \$ 6.900 gibt Deutschland damit gut 12 % weniger aus, Österreich hingegen 30 % mehr.

Würde man diese Differenzen in den Ausgaben zwischen beiden Ländern in Beziehung zu den jüngst veröffentlichten PISA 2006-Ergebnissen setzen (OECD 2007b), dann könnte man die Frage stellen, welche Effekte sich daraus ergeben haben. Betrachtet man die Literaturlage zum Zusammenhang zwischen Klassengröße und Leistungen der Schüler/innen, dann sind die Effekte meist begrenzt (vgl. Dohmen et al. 2007). Andererseits zeigen sich jedoch auch immer Hinweise darauf, dass kleine Klassen dann vorteilhaft sein können, wenn sie in früheren Schulklassen, über einen längeren Zeitraum und bei Kindern aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien eingesetzt werden (vgl. Arnhold 2005). Die Betrachtung der PISA 2006-Ergebnisse erlaubt insofern hierzu noch keine Rückschlüsse, da die Schüler/innen, die von kleineren Klassen profitiert haben könnten, noch nicht in den Leistungsvergleich einbezogen sind. Ob diese Politik tatsächlich zu besseren Leistungen geführt hat, wird man demnach erst in einigen Jahren feststellen können.⁷

⁷ Nur am Rande sei darauf hingewiesen, dass grundsätzlich auch kein Zusammenhang zwischen den Ausgaben je Schüler/in und den schulischen Leistungen festzustellen ist. Gleichwohl wird man die geringen Anteile an Sachmitteln in Deutschland nur erhöhen können, wenn die Ausgaben je Schüler/in erhöht werden, da die Lehrer/innengehälter kaum Spielraum für Reduktionen zulassen.

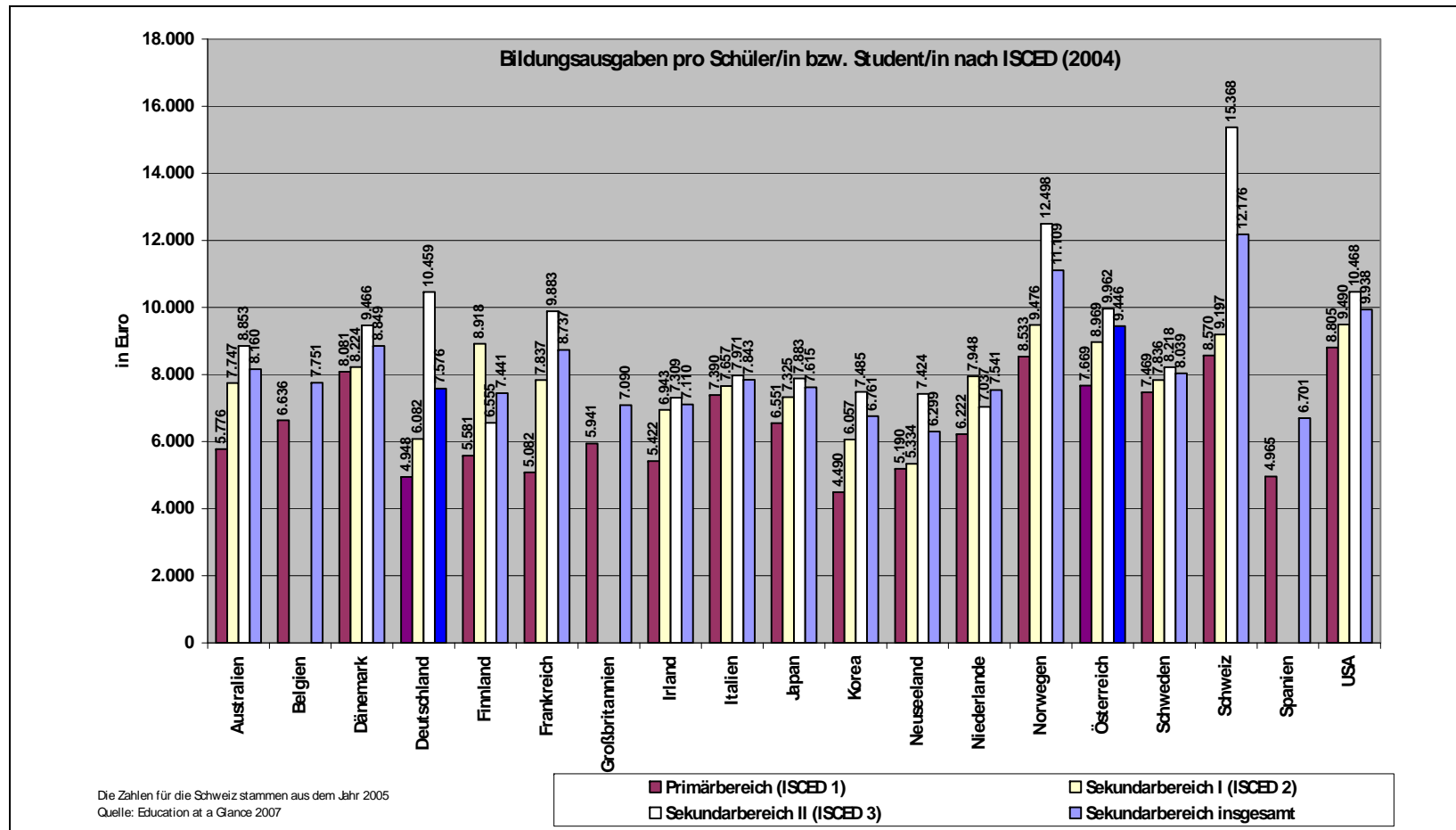


Abbildung 4: Finanzierungsverteilung im schulischen und berufsbildenden Bereich

4.2.2 Sekundarstufe II

Die OECD (2007a) weist insgesamt für den Sekundarbereich II etwas höhere Beträge aus als für die vorgelagerten Bildungsbereiche (OECD-Durchschnitt: \$ 7.884). Die für Deutschland und Österreich ausgewiesenen Beträge übersteigen diesen Wert mit \$ 10.459 bzw. \$ 9.960 deutlich. Maßgeblich hierfür sind insbesondere auch die hohen Ausgabenanteile der Wirtschaft für die duale Ausbildung (siehe Abschnitt 4.3). Leider ist anhand der OECD-Zahlen kein internationaler Vergleich der Privatfinanzierungsanteile im Sekundarbereich II möglich. Zu erwarten wäre ein geringerer Privatfinanzierungsanteil für Österreich, da die duale Berufsausbildung von geringerer bzw. umgekehrt die vollzeitschulischen oder allgemeinbildenden Bildungsgänge von größerer Bedeutung sind.⁸

Beim Vergleich der Gesamtausgaben, d. h. der öffentlichen wie privaten Ausgaben, pro Schüler/in bzw. Auszubildendem/r zeigt sich, dass die Ausgaben beruflicher Bildung pro Auszubildenden/er in Deutschland die für die allgemeinbildenden Bildungsgänge um das mehr als doppelte übersteigen (allgemeinbildend: \$ 6.274, berufsbildend: \$ 13.022 für das Jahr 2004) (vgl. OECD 2007a, S. 278).⁹ In Österreich sind die Differenzen deutlich geringer (allgemeinbildend: \$ 11.082, berufsbildend: \$ 9.642 für das Jahr 2004), und die zusammenfassenden Gesamtausgaben pro Schüler/in der Sekundarstufe II für einen internationalen Vergleich besser geeignet. Mit \$ 9.962 für das Jahr 2004 nimmt Österreich auch im Sekundarbereich II bei den pro Schüler/in zur Verfügung gestellten Finanzmitteln einen Spitzenplatz ein (vgl. OECD 2007a, S. 186). Fragen wirft die geringe Differenz zwischen den Ausgaben je Gymnasial-Schüler/in in der Sekundarbereich I bzw. II in Deutschland auf, bedenkt man die erheblichen Unterschiede in der Schüler/innen-Lehrer/innen-Relation.¹⁰ Realistischer erscheint u. E. für die gymnasiale Oberstufe ein Betrag von über € 7.500 (vgl. Dohmen 2004, S. 9).

Die Einschätzung der OECD, die auf unterdurchschnittliche Primar- und Sekundarstufe I-Ausgaben je Schüler/in für Deutschland verweist, scheint insofern nicht wirklich begründet, als dass die schulischen Ausgaben insgesamt, d. h. der gesamte Sekundarbereich mit \$ 7.600 bzw. € 6.800 je Schüler/in knapp über dem OECD-Schnitt liegen. Insbesondere unter Herausrechnung der deutschen Mittelaufwendungen des berufsbildenden Sekundarbereichs II fällt der internationale Vergleich anders aus.

⁸ Ferner ist zu berücksichtigen, dass in Österreich ein so genannter „Blum-Bonus“ gewährt wird, der eigentlich als Motivation für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze gedacht ist. Da aber eine entsprechende Differenzierung nicht möglich ist, kommt es zu beträchtlichen Subventionierungen betrieblicher Ausbildungen, die den privaten Finanzierungsanteil entsprechend reduzieren (Arbeiterkammer Niederösterreich 2007).

⁹ Hier wird der Indikator C1.2, trotz der im Vergleich zu B1.1 deutlich geringeren Aufnahme von Staaten, ausgewiesen. Dies erlaubt die – in B1.1 fehlende – Differenzierung von berufs- und allgemeinbildenden Ausbildungsgängen des Sekundarbereichs II, bei der sich insbesondere für Deutschland erhebliche Unterschiede zeigen.

¹⁰ In der nationalen Berichterstattung werden die Ausgaben pro Schüler/in für den Sekundarbereich zusammengefasst angegeben und nicht nach Sekundarbereich I und II aufgeschlüsselt. Die Ausgabenkonzepte unterscheiden sich jedoch beträchtlich pro Schüler/in für die Klassenstufe 11-13 in Gymnasien, integrierten Gesamtschulen und Sonderschulen bleiben unberücksichtigt (Baumann 2003, S. 347).

Aus Sicht der Eltern sind im Sekundarbereich II – anders als beim Besuch der Sekundarstufe I – aufgrund der Option einer dualen Ausbildung die privaten Ausgaben für den Lebensunterhalt zu berücksichtigen. Für ein 12- bis 18-Jähriges Kind ist von einem durchschnittlichen Ausgabenbetrag von € 380 auszugehen.¹¹ Hiervon sind die staatlichen Transferleistungen insoweit abzuziehen, als diese unmittelbar und ausschließlich aufgrund der Beteiligung an einer Bildungsmaßnahme gewährt werden. Da das Kindergeld bis zum vollendeten 18. Lebensjahr unabhängig von einer Bildungsbeteiligung gewährt wird, kommt es lediglich für volljährige Schüler/innen zum Abzug. Dies bedeutet, dass die elterlichen Nettokosten für ein Kind in der gymnasialen Oberstufe zunächst € 380 pro Monat betragen und mit Erreichen der Volljährigkeit um € 154¹² auf € 226 absinken. Unter Berücksichtigung aller Transferleistungen werden, über die gesamte Oberstufe gerechnet, durchschnittlich knapp 25 % der zusätzlichen Ausgaben für den Lebensunterhalt staatlich und gut 75 % privat finanziert (vgl. Dohmen/Hoi 2004).

Von sozial- bzw. verteilungspolitischer Bedeutung ist die Tatsache, dass der Besuch der gymnasialen Oberstufe und anderer vollzeitschulischer Bildungswege stark positiv mit dem Bildungshintergrund der Eltern, deren beruflichem Status und Einkommen korreliert. Auch wenn an jeder allgemeinbildenden Schulart der Sekundarstufe I die Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe in Deutschland erworben werden kann, gilt dennoch, dass sich die Übergänge in den allgemeinbildenden Sekundarbereich II für Gymnasiasten/innen erheblich leichter darstellen als für Haupt- oder Realschüler/innen (vgl. Hovestadt/Eggers 2007, S. 68). Die soziale Selektion beim Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II findet dabei in zwei Schritten statt. Erstens wird eine Entscheidung zwischen gymnasialer Oberstufe versus Ausbildung getroffen und zweitens, im Falle einer Entscheidung für den Vollzeit-Schulbesuch, gilt es den Oberstufentyp zu wählen. Dabei stellen die Kinder von Arbeitern und Angestellten an beruflichen Schulen einen höheren Anteil als an allgemeinbildenden Schulen (vgl. Hovestadt/Eggers 2007, S. 74ff.).¹³ Vorgesaltet ist bereits die soziale Selektion beim Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe.

4.3 Die berufliche Bildung

Wie bereits erwähnt, sind die hohen Ausgaben je Auszubildenden/r auf den hohen Ausgabenanteil der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Berücksichtigt werden hierbei alle für den Ausbildungsprozess an-

¹¹ Die durchschnittlichen Bildungsausgaben 2. Grades berechnen sich auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Zur Schätzung wurden von den durch das Statistische Bundesamt ermittelten Ausgaben für Kinder (vgl. Münich 2006) die Ausgaben subtrahiert, welche nicht in die Entscheidungskalküle der Haushalte über die Bildungsteilnahme der Kinder einfließen (insbesondere Miete). Da die Ausgaben für Kinder in Abhängigkeit der Haushaltsgröße und des Alters der Kinder variieren, wurden die ermittelten Aufwendungen anhand der deutschen Verteilung der Haushaltsgröße gewichtet und die höheren Aufwendungen für ältere Kinder geschätzt (vgl. Dohmen/Hoi 2004, S. 32f.).

¹² Das Kindergeld beträgt seit 2002 € 154 für das erste, zweite und dritte Kind. In der Schätzung der Bildungsausgaben 2. Grades gingen nur Haushalte mit maximal 3 Kindern ein.

¹³ Die Daten anhand deren die Autoren diese Zusammenhänge darstellen beziehen sich lediglich auf Baden-Württemberg und Hamburg.

fallenden Kosten in den Unternehmen (Kosten für Ausbildungspersonal, Sach- und Investitionskosten).¹⁴ Neben den Unternehmensausgaben gehen in diesen Indikator die öffentlichen Ausgaben für Berufsschulen sowie die von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Zusatzmittel ein (Baumann 2003, S. 347). Die reinen Berufsschulkosten unterschreiten dabei die der allgemeinbildenden Schulen. Für die Berufsschulen gilt dies selbst bei Berücksichtigung des Teilzeitstatus. Eine Differenzierung der Ausgaben in öffentlich und privat nach dieser Vorgabe führt nach Dohmen/Hoi (2004) aufgrund der Nicht-Beachtung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der von Betrieben geleiteten Aufwendungen für die Ausbildung zu einer systematischen Überschätzung des privat finanzierten Anteils. Unter weitgehender Beibehaltung der Schätzmethode ergeben sich für 2004 Ausgaben für den beruflichen Bildungsprozess von € 25,6 Mrd., von dem 63 % öffentlich, 34 % durch die Unternehmen und 3 % durch private Haushalte finanziert werden.¹⁵

Die durch die Wirtschaft getragenen Aufwendungen an der dualen Bildung werden anhand einer repräsentativen Umfrage unter den Ausbildungsbetrieben geschätzt.¹⁶ Inwieweit die Auszubildenden anhand ihrer produktiven Leistungen für die Ausbildungsunternehmen sowie eingesparte Rekrutierungskosten und anderen Nutzendimensionen die Ausbildung refinanzieren können, ist aufgrund der schweren monetären Bestimmung bestimmter Nutzendimensionen abschließend kaum zu klären. Es scheint allerdings nicht unplausibel anzunehmen, dass der Gesamtnutzen die Kosten übersteigt (Beicht/Berger/Walden 2003). In dieser Befragung zu den Ausbildungskosten wurden für einen durchschnittlichen Ausbildungsbetrieb jährliche Brutto-Vollkosten in Höhe von € 16.435 pro Auszubildenden/r und Nettokosten, der nach Abzug der durch den/die Auszubildende/n produktiven Leistungen, von € 8.705 geschätzt. Allerdings stehen nicht alle bei der Vollkostenrechnung veranschlagten Aufwendungen für den Bildungsprozess bei Nichtausbildung zur Disposition. Die Teilkostenrechnung berücksichtigt diesen Umstand und schätzt die durchschnittlichen Ausbildungsaufwendungen über die gesamte Ausbildungszeit auf € 7.344. Diesem Betrag stehen monetär bezifferbare Aufwendungen für die Rekrutierung und Einarbeitung einer über den Arbeitsmarkt angeworbenen Arbeitskraft in Höhe von € 5.765 gegenüber. Festzustellen ist auch, dass mangels Refinanzierungsmöglichkeiten Bildungsgänge in beruflichen Vollzeit-Schulen deutlich benachteiligt werden (vgl. Beicht/Berger/Walden 2003).

In vielen anderen Ländern gibt es keine vergleichbare berufliche Ausbildung, so dass auch keine Vergleichswerte dargestellt werden können. Eine aktuelle Betrachtung des Anteils dualer Berufsausbildungen

¹⁴ Die Personalkosten der Auszubildenden werden seit 2000 für diesen Indikator nicht mehr berücksichtigt.

¹⁵ Abweichend zu den Berechnungen von Dohmen/Hoi (2004, S. 39) sind die Ausgaben für Fachschulen, Berufsakademien und Schulen des Gesundheitswesens hier nicht berücksichtigt, da diese im Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung bereits dem Tertiärbereich zugerechnet werden (Wilhelm/Baumann 2007). Es wurde ein Grenzsteuersatz von 30 % angenommen.

¹⁶ Die Umfrage wurde letztmalig 2001 durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) durchgeführt.

ergibt im OECD-Durchschnitt einen Anteil von 16 %; die höchsten Anteile zeigen sich für die Schweiz (58 %), Dänemark (48 %) und Deutschland (45 %). Österreich hat einen Anteil von 35 %.¹⁷

Berufsausbildung versus Abitur: Öffentliche und private Ausgaben

Aus Sicht der Eltern belaufen sich ihre Kosten beim Besuch der gymnasialen Oberstufe wie in Kapitel 4.2.2 dargelegt für unter 18-jährige auf € 380 pro Monat. Mit Eintritt der Volljährigkeit sinken diese Kosten (netto) um die Höhe des Kindergeldes auf € 224. Für das gesamte Bundesgebiet lag der tarifliche Vergütungsdurchschnitt 2006 bei € 613 pro Monat (vgl. BIBB 2007).¹⁸ Dadurch reduzieren sich die Aufwendungen für den Lebensunterhalt des Kindes durch die Eltern. Sie "gewinnen" also bis zu € 380 pro Monat. Gleichzeitig erhalten sie weiterhin das Kindergeld von mindestens € 154. Sie haben somit einen (scheinbaren) Vorteil von über € 535 pro Monat. Erst bei volljährigen Kindern entfällt das Kindergeld, sofern die Ausbildungsvergütung einen monatlichen Betrag von ca. € 800 übersteigt.¹⁹

Das derzeitige Finanzierungssystem führt daher zu erheblichen Lenkungswirkungen bei der Entscheidung über Bildungswege. Die Separierung von Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien in die duale Ausbildung und von Kindern aus bildungsnahen und einkommensstärkeren Familien in die weiterführende schulische und hochschulische Ausbildung wird aufgrund der bestehenden Anreizmechanismen höchstwahrscheinlich begünstigt und Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit dabei behindert. So wurde auch von Personen mit Hochschulzugangsberechtigung als Hauptgrund für die Nichtaufnahme eines Studiums der Wunsch, eigenes Einkommen zu erzielen, genannt. Dieses Argument wurde von Absolventen beruflicher Schulen relativ häufiger vorgetragen als von Absolventen allgemeinbildender Gymnasien (Heine/Spangenberg/Sommer 2006, S. 63ff.). Die Stärke der Selbstselektion des Bildungssystems kommt auch in den, im Rahmen der PISA Erhebung 2003 nachgegangenen Bildungserwartungen 15-jähriger Schüler/innen, die sich auch international vergleichend im OECD Bericht „Bildung auf einen Blick“ finden, zum Ausdruck. So ist die Erwartung einen universitären Abschluss zu erreichen, die in allen Ländern mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Jugendlichen zusammenhängt, in Deutschland (3,2) und Österreich (3,0) besonders ausgeprägt.²⁰ Will man die Bildungschancen der Kinder aus diesen Familien verbessern, ist eine verbesserte finanzielle Förderung weiterführender, allgemeinbildender Bildungswege unabdingbar. Dies umfasst insbesondere die Wiedereinführung der Schüler/innenförderung für die

¹⁷ Alle Werte beziehen sich auf die aktuell in Ausbildung befindlichen Jahrgänge; in früheren Jahren bzw. bei älteren Kohorten sind die Anteilswerte in allen drei deutschsprachigen Ländern deutlich höher.

¹⁸ Auch für tariflich nicht gebundene Betriebe gilt, dass die branchen- und ortsübliche Ausbildungsvergütung nach Rechtsprechung um nicht mehr als 20 % unterstritten werden darf

¹⁹ Zu beachten ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 11.01.2005, dass Arbeitnehmeranteile an den Sozialversicherungsbeiträgen (wie die Werbungskosten) nicht bei der Berechnung der zur Verfügung stehenden Einkünfte berücksichtigt werden.

²⁰ Die Werte sind derart zu interpretieren, dass eine Person mit einem hohen Index-Wert des Economic, Social and Cultural Status (ESCS) 3- bzw. 3,2-mal häufiger erwartet, einen Hochschulabschluss zu erreichen als eine Person mit einem niedrigeren Status.

Sekundarstufe II und die Abschaffung des Familienleistungsausgleichs für Kinder mit einem ausreichenden eigenen Erwerbs- oder Ausbildungseinkommen (vgl. Dohmen 1999).

In den meisten anderen Ländern gibt es keine vergleichbaren Lenkungswirkungen, da es diese Alternative mangels dualer Ausbildung nicht gibt, und jeder Abschluss – egal ob beruflich oder allgemein bildend – auf Sekundarstufe II-Niveau zu einem Hochschulstudium berechtigt. Es ist daher naheliegend, dass ein hoher Anteil am Altersjahrgang eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, dass die deutsche Studienberechtigtenquote deutlich erhöht werden könnte, wenn eine (qualifizierte) Berufsausbildung automatisch mit der Studienberechtigung verbunden wäre. Dies würde auch der oft betonten Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung entsprechen.

4.4 Die Hochschule

Die Aufwendungen je Student/in im Tertiärbereich²¹ liegen in Österreich (\$ 13.959) wie auch in Deutschland (\$ 13.200 bzw. € 11.800) zwischen dem OECD- (\$ 11.100) und dem EU 19-Durchschnitt (\$ 14.027) (siehe Abbildung 5). Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings zweierlei. Erstens sind in diesen Beiträgen insbesondere auch die auf Forschung und Entwicklung bezogenen Ausgabenanteile an Hochschulen enthalten, die in Deutschland im Jahr 2004 bei knapp 37 % lagen (Aufwendungen für den ISCED 5 und 6 Bereich: € 24,6 Mrd., darunter € 9,1 Mrd. FuE-Ausgaben an Hochschulen (Wilhelm/Baumann 2007, S. 10)). In Österreich liegt der Ausgabenanteil der universitären Hochschulforschung mit 31 % nahe dem Durchschnitt der OECD- (29,7 %) bzw. der EU 19-Länder mit ebenfalls knapp 31 %. Für die um FuE-Ausgaben bereinigten Aufwendungen je Student/in ist für Deutschland daher ein Niveau unterhalb des OECD Durchschnitts festzustellen (OECD 2007a, S. 186). Allerdings ist zweitens darauf hinzuweisen, dass eingeschriebene Studierende stets als Vollzeit-Äquivalente angesehen werden. Faktisch ist dieser Anteil zumindest in Deutschland aber deutlich geringer und dürfte eher zwischen 50 % und 65% liegen. Die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland bezeichnet inzwischen gut ein Viertel aller Studierenden als Teilzeitstudent/innen. 30 % der erwerbstätigen Studierenden gehen mehr als 17 Stunden pro Woche einer bezahlten Tätigkeit nach (Erwerbsquote unter den Studierenden beträgt 63 %) (vgl. Isserstedt et al. 2007). Die tatsächlichen Ausgaben je Vollzeit-äquivalenten Student/in sollten daher höher angesetzt werden. Eine darauf aufbauende Schätzung würde zu Aufwendungen von ca. \$ 9.400 bis \$ 10.000, ohne Berücksichtigung der FuE-Ausgaben, führen. Ein Vergleich ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass die anderen Länder ihre Vollzeit-äquivalenten Studierendenzahlen korrekt ausweisen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Kosten für einzelne Studiengänge sehr unterschiedlich ausfallen. So liegen die Aufwendungen je Student/in laut Statistischen Bundesamt zwischen € 29.500 für Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften und ca.

²¹ Der Tertiärbereich nach ISCED 5 und 6 beinhaltet auch Ausgaben für Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens sowie die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen und die Ausgaben der Studentenwerke.

€ 4.800 in den Fächern der Rechts, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Durchschnitt aller Fächer betragen diese Aufwendungen ca. € 8.000 (Willand/Stroh 2007, S. 36).

Mit knapp 14 % in Deutschland und nur 6,3 % in Österreich liegt der Anteil der privaten Aufwendungen während des Studiums unterhalb des OECD- (24,3 %) und EU 19-Durchschnitts (16 %). Die sich auf 2004 beziehenden privaten Aufwendungen spiegeln die verstärkte Einführung von Studiengebühren in Deutschland noch nicht wieder. Österreich hat die Gebühren 2001 eingeführt. Dies zeigt sich auch an den Zahlen der eben genannten 18. Sozialerhebung des Deutschen, in der sich mit 3 % noch eine recht kleine Zahl an Studierenden findet, die bereits Studiengebühren entrichtet (vgl. Isserstedt et al. 2007). Daher ist es auch nicht überraschend, dass sich die von der OECD ausgewiesenen privaten Aufwendungen für 2004 im Vergleich zu 1995 nicht erhöht haben und für Deutschland im Gegensatz zu Österreich (\$ 837) keine durchschnittlichen Studiengebühren geschätzt werden (OECD 2007a, S. 244). Darüber hinaus wird von verschiedenen Seiten gerne auf die im internationalen Vergleich unterproportional private Beteiligung an den institutionellen Ausgaben hingewiesen (vgl. OECD 2004). Betrachtet man nun Abbildung 3 genau, dann zeigt sich, dass dies bezogen auf die wirtschaftlich führenden Länder nur eingeschränkt zutrifft. In einigen Ländern sind die privat finanzierten Anteile geringer als in Deutschland.

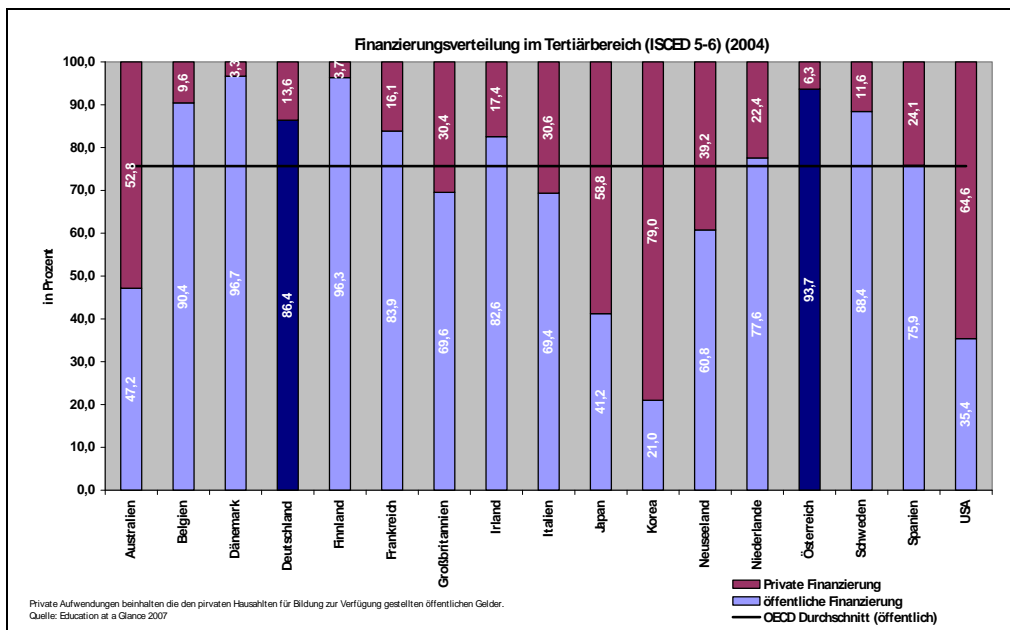


Abbildung 5: Finanzierungsverteilung im Hochschulbereich in ausgewählten Ländern

Unabhängig vom konkreten Ausgabenbetrag weisen aber diese Indizes ebenso wie z. B. die Relation Studierender je wissenschaftliche Stelle darauf hin, dass die Ausstattung der deutschen Hochschule nicht

so schlecht ist, wie gerne behauptet wird.²² Hier lag Deutschland mit einem Niveau von 12,2 Studierenden je Lehrkraft auf dem Niveau Japans, der Slowakei, Spaniens und Finnlands. Auch Österreich liegt mit einem Betreuungsverhältnis von 15,3 unterhalb des OECD- und EU 19-Durchschnitts (OECD 2007a, S. 382). Wie bereits für die in Bezug auf Finanzausstattung je Studierenden beschrieben finden sich bei dem mit der Finanzausstattung in engem Zusammenhang stehenden Betreuungsverhältnis erhebliche Fächerunterschiede. So übersteigt das Betreuungsverhältnis bei Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an Universitäten mit 34 das der Humanmedizin um das 10-fache (Willand/Stroh 2007, S. 21).²³

Interessant wäre darüber hinaus eine Betrachtung über den gesamten Studienzyklus unter Einbeziehung der Lebenshaltungsausgaben. Aufgrund der langen Studienzeiten dürfte dies zu deutlich überproportionalen privaten Aufwendungen führen.

Der aktuelle OECD-Bericht berücksichtigt erstmals den sozioökonomischen Hintergrund der Studierenden. Danach sind Arbeiterkinder im Studium in Österreich im Verhältnis von ca. 1 zu 2 und in Deutschland fast im Verhältnis 1 zu 3 unterrepräsentiert. Beide Länder weisen erheblich niedrigere Werte auf als bspw. Finnland, Irland oder Spanien (OECD 2007a, S. 116ff.). Wie in Kapitel 4.2.2 dargestellt findet hier ein mehrstufiger Selektionsprozess statt. So gilt es die Übergangswahrscheinlichkeiten sowohl zwischen Sekundarstufe II und Hochschule als auch zwischen dem Sekundarbereich I und dem gymnasialen Zweig des Sekundarbereichs II sowie zwischen der Primar- und Sekundarstufe I zu berücksichtigen. In der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wird die zweistufige Selektion in Form von Trichtermodellen dargestellt. So münden 88 von 100 Akademikerkindern in die schulische Sekundarstufe II ein und 83 nehmen ein Studium auf. Bei Kindern von Nicht-Akademikern erreichen nur 46 % die gymnasiale Oberstufe und nur 23 von 100 Kindern nehmen ein Studium auf (Isserstedt u. a. 2007, S. 108).

Damit ist insgesamt auch von einer Umverteilung zugunsten der Akademiker auszugehen (Grüske 1994, 2002); die von Sturm/Wohlfahrt (1999) und Sturm (2002) vorgebrachten Argumente können m. E. nicht überzeugen, da der konstatierte Effekt immer auftritt, wenn ein gleich hohes Lebenseinkommen über einen kürzeren Erwerbszeitraum erzielt wird. D. h. davon sind Mütter oder – seltener – Väter, die wegen der Erziehung ihrer Kinder vorübergehend auf Erwerbstätig verzichten, und Arbeitslose genauso betroffen wie Akademiker. Die von Sturm/Wohlfahrt bzw. Sturm festgestellte „Ungerechtigkeit“ ist daher auf das progressive Steuersystem in Deutschland oder Österreich zurückzuführen und kann nicht als „indirekte Rückzahlung“ erhaltener öffentlicher Leistungen interpretiert werden.

Die umverteilende Wirkung des Hochschulsystems hängt ganz erheblich auch von der positiven Korrelation zwischen Studienpartizipation und sozioökonomischem Familienhintergrund ab, die sich – wie ge-

²² Bei diesem Indikator bleibt der Bericht ISCED 5B unberücksichtigt. In die Berechnung gehen auch Wissenschaftler ein, die sich nicht nur der Lehre sondern insbesondere der Forschung widmen.

²³ In nationaler Abgrenzung wird über Drittmittel finanziertes Personal in das Betreuungsverhältnis nicht eingerechnet. Das Durchschnittliche Betreuungsverhältnis liegt hier bei 15,6.

zeigt – auch in den vorgelagerten Bildungsbereichen zeigt und in den Hochschulen ihre (zwangsläufige) Fortsetzung findet.

4.5 Die Weiterbildung

Durch die Lissabon-Strategie der EU hat sich die Datenlage zum Thema Lebenslangen Lernens wesentlich verbessert. Wie auch für Deutschland (vgl. Bellmann 2003, S. 23) liegen für Europa keinen Individual- und Organisationsdaten verbindende Datenbestände vor. Der im OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ verwendete Indikator „Teilnahmequoten an nicht-formaler²⁴ berufsbezogener Fort- und Weiterbildung (C 5.1)“ basiert für die europäischen Länder auf der EU-Arbeitskräfte Erhebung und misst die Teilnahme von 25- bis 65-jährige an allgemeiner und berufliche Weiterbildung in Form von Kursen, Seminaren, Tagungen oder Privatunterricht, die von den Befragten als überwiegend beruflich kategorisiert wurde. Die Teilnahme bezieht sich dabei auf die zwölf Monate vor Datenerhebung im Frühjahr 2003. Sowohl Deutschland (12 %) als auch Österreich (19 %) liegen bei dargestelltem OECD-Indikator deutlich unterhalb des OECD-Durchschnitts von 31 %. Die Teilnahmequoten unterscheiden sich in Bezug auf das Geschlecht in Deutschland wie Österreich nur geringfügig. Deutlich fallen hingegen die Differenzen in den Teilnahmequoten nach Bildungsstand aus. So beträgt die Teilnahmequote unter Akademikern in Österreich 37 % und in Deutschland 24 %. Bei Personen, die lediglich über einen Abschluss des unteren Sekundarbereichs verfügen, liegen diese Raten mit 5 % in Österreich und 3 % in Deutschland erheblich niedriger. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch bei der Dauer der Weiterbildungsmaßnahmen. Personen mit hoher formaler Bildung haben weitaus bessere Chancen umfassendere Weiterbildungskurse zu besuchen (vgl. OECD 2007a, S. 353). Auch unter Berücksichtigung der überwiegend als privat kategorisierten Weiterbildungsmaßnahmen liegt Deutschland (13,1 %) deutlich hinter Österreich (25,3 %) und unter dem Durchschnitt der EU-25-Länder (16,8 %). Auffallend ist dabei die große Diskrepanz gegenüber ähnlichen Befragungen wie bspw. des Eurobarometers 2006. Hier liegt Deutschland (23 %) nur leicht hinter Österreich (26 %) und dem EU-25 Durchschnitt (24 %). Die Frage bezog sich auf Weiterbildungskurse auf die vergangenen 12 Monate. Befragt wurden Personen ab 16 Jahren, ohne die Begrenzung auf das 65. Lebensjahr (vgl. Chisholm/Larson/Mossoux 2005; Europäische Kommission 2006).

Bei der Finanzierung der Weiterbildung nehmen die Arbeitgeber in ganz Europa eine herausragende Stellung ein. Mit Ausnahme von Malta, Griechenland und der Türkei, wird laut Eurobarometer 2006 der größte Teil der Weiterbildungsmaßnahmen durch die Arbeitgeber finanziert bzw. mitfinanziert.²⁵ Im Durchschnitt aller Länder finanziert diese Gruppe über 51 % der Weiterbildungsmaßnahmen. In Österreich be-

²⁴ Nach ISCED97 ist unter formaler Bildung die „Bildung innerhalb des Systems von Schule, College, Hochschule und andern Einrichtung der formalen Bildung, das in der Regel eine zusammenhängende „Leiter“ von Vollzeitbildung für Kinder und Jugendliche bildet“ zu verstehen. Nicht-formale Bildung umfasst daher „alle organisierten und nachhaltigen Bildungsaktivitäten, die der obigen Definition von Formaler Bildung nicht genau entsprechen. Nicht-formale Bildung kann daher innerhalb als auch außerhalb von Bildungseinrichtungen stattfinden.“

²⁵ Mehrfachantworten waren bei dieser Frage zugelassen (vgl. Europäische Kommission 2006).

trägt der Anteil 57 % und in Deutschland 58 %. Im Vergleich zum EU-Länderdurchschnitt (26 %) ist in Deutschland mit 32 % und in Österreich mit 35 % die der Eigenfinanzierung bzw. Mitfinanzierung durch die Teilnehmer selbst von größerer Bedeutung. Festzuhalten ist dabei auch, dass unter Befragten, die eine Weiterbildung als wesentlich für die eigene berufliche Zukunft ansehen, fehlende persönliche Mittel als Hauptgrund für eine Nichtteilnahme genannt werden.²⁶ Österreich (34 %) wie auch Deutschland (36 %) lagen bei dieser Frage knapp über dem Durchschnitt (32 %) der an der Befragung teilnehmenden Staaten.²⁷

Im Hinblick auf die Weiterbildungsbeteiligung lassen sich auch international folgende Trendaussagen ableiten (vgl. Pfeiffer 2001, S. 30ff.; Heise/Meyer 2004, S. 248ff.; ein Überblick zur Weiterbildungsfinanzierung findet sich bei Dohmen 2007a).

- Weiterbildung hat wie Bildung positive individuelle Effekte. Neben dem Einkommen sind hier insbesondere die Karrierechancen sowie das Arbeitslosigkeitsrisiko zu nennen. Die hohe Streuung der Effekte scheint auf individuelle Ursachen und die Weiterbildungssysteme zurückzuführen zu sein.
- Die relativen Erträge der Weiterbildung scheinen mit dem Bildungsniveau abzunehmen. Dies gilt laut Brunello (2001) allerdings erst ab einer bestimmten Berufserfahrung. Berufsanfänger mit hohem Bildungsniveau können bessere Renditen erzielen.
- Es zeigen sich verschiedene Zusammenhänge von Erst- und Weiterbildung. So nimmt die Chance auf Weiterbildung mit dem Niveau der Erstausbildung zu. Es zeigt sich aber auch, dass Weiterbildung und berufliche Erstausbildung Substitute darstellen können.
- Die Weiterbildungserträge abhängig Beschäftigter scheinen über denen von Selbstständigen zu liegen.
- Die Weiterbildung der aktiven Personen kann sich auf die nicht an der Weiterbildung teilnehmenden negativ auswirken.

Wie erwähnt zeigt sich eine deutlich positive Korrelation zwischen Weiterbildungsbeteiligung und Verweildauer im vorgelagerten Bildungssystem. Dies gilt sowohl hinsichtlich der von Dritten, d. h. insbesondere dem Arbeitgeber bezahlter als auch für eigenfinanzierte Weiterbildung. Wer ein Studium hat, hat eine wesentlich höhere Wahrscheinlichkeit, an einer vom Arbeitgeber finanzierten Weiterbildung teilzunehmen als eine Person mit einem Hauptschulabschluss. Auch korrelieren die Brutto-Kosten der Weiterbildung deutlich positiv mit dem vorherigen Bildungsabschluss (Beicht/Krekel/Walden 2004), wobei sich die Nettoausgaben aufgrund der Steuerprogression und der vom Arbeitgeber refinanzierten Anteile annähern dürften.

²⁶ Mehrfachantworten waren bei dieser Frage zugelassen (vgl. Europäische Kommission 2006).

²⁷ Ein detaillierter Überblick über die nachfrageorientierte Weiterbildungsfinanzierung in Europa findet sich bei Dohmen (2007).

Dohmen und Hoi (2004) haben für das Jahr 2000 die durchschnittliche Finanzlastverteilung für Deutschland berechnet. Dabei wurden auch die durch betriebliche und individuelle Weiterbildungsaktivitäten anfallenden Steuerausfälle berücksichtigt. Danach trägt die öffentliche Hand 46 % der Kosten des Weiterbildungsprozesses, während Unternehmen 26 % und private Haushalte 28 % beisteuern. Hierbei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Bundesagentur, die seinerzeit einen erheblichen Anteil an den öffentlichen Weiterbildungsausgaben hatte, zwischenzeitlich ihre Ausgaben drastisch verringert hat. Eine aktualisierte Betrachtung würde vor diesem Hintergrund eine deutliche Verschiebung zugunsten privater Finanzierung zeigen. Für den Lebensunterhalt berechnet eben genannte Studie für die öffentliche Hand einen Anteil 60 % und die Unternehmen einen Anteil von 40 % (vgl. Dohmen/Hoi 2004).²⁸

5. Zusammenfassung: Bildungsfinanzierung von der Kita bis zur Weiterbildung

Betrachtet man die vorstehenden Ausführungen, dann zeigt sich, dass nicht nur die Finanzierung einzelner Bildungsbereiche mit erheblichen Umverteilungseffekten zugunsten bildungsnaher und höherer sozioökonomischer Schichten verbunden ist. Vielmehr deutet die zusammengefasste Betrachtung aller fünf Bildungsbereiche, Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende Schulen, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung noch deutlicher auf erhebliche Umverteilungseffekte zugunsten dieser Gruppen hin. Bildungsferne und niedrige sozioökonomische Schichten partizipieren in wesentlich geringerem Umfang als bildungsnaher und höhere sozioökonomische Schichten an weiterführender und insgesamt wesentlich kostenintensiverer Bildung. Wer nach der Haupt- oder Realschule mit einer Berufsausbildung im dualen System das Bildungssystem verlässt, hat staatliche Bildungsausgaben in Höhe von insgesamt rund € 65.000 verursacht. Für Akademiker, die nach dem Gymnasium ein durchschnittlich sechsjähriges Studium absolvieren, verausgabt der Staat durchschnittlich gut € 130.000. Für Österreich zeigt sich ein vergleichbares Bild, wobei das Ausgabenniveau aufgrund der jeweils höheren Ausgaben je Schüler/in bzw. Student/in entsprechend höher ist.

Bei diesen Beträgen sind die ausbildungsbedingten staatlichen Aufwendungen zur Finanzierung des Lebensunterhalts, wie etwa das BAföG oder der Familienleistungsausgleich noch nicht eingerechnet. So würde sich alleine das Kindergeld für ein sechsjähriges Studium auf über € 11.000 belaufen (vgl. Dohmen/Hoi 2004).

Unter Berücksichtigung der deutlich unterschiedlichen Bildungspartizipation ist somit von einer erheblichen Umverteilung zugunsten bildungsnaher und höherer sozioökonomischer Schichten auszugehen. Dies bedeutet zugleich, dass die häufig propagierte Chancengleichheit auch aus der Perspektive des Sys-

²⁸ Festgehalten werden muss, dass Teilnehmerzahlen von sich Vollzeit weiterbildenden Personen, die nicht von Arbeitsamt gefördert werden, nicht vorliegen.

tems der Bildungsfinanzierung in Deutschland nicht erreicht wird. Vielmehr steht das bestehende System der Verwirklichung dieses Ziels eher entgegen. Aus unserer Sicht bedarf es somit einer weitgehenden Neuordnung der gesamten Bildungsfinanzierung.

Im internationalen Vergleich zeigt sich über alle Bildungsbereiche hinweg eine allenfalls durchschnittliche, eher unterdurchschnittliche Finanzausstattung je Teilnehmer, dies gilt jedoch vor allem für Deutschland und weniger für Österreich. Dies gilt insbesondere bezogen auf die öffentlichen Ausgaben, die nur im Kita-Bereich durch deutlich überproportionale private Ausgaben durch Eltern und Träger überkompensiert werden. In fast allen Ländern ist der private, d. h. durch Studierende und Eltern zu finanzierende Anteil an den institutionellen Ausgaben im Hochschulbereich höher als im Kita-Bereich. Deutliche Unterschiede gibt es auch bei der Finanzierung der beruflichen Ausbildung, die in den meisten Ländern Teil der schulischen Ausbildung ist. Eine vergleichbare duale Ausbildung gibt es nur in wenigen Ländern, so z. B. den Nachbarländern Österreich, Schweiz und Dänemark (vgl. zur Berufsbildungsökonomie grundsätzlich Dohmen 2007c). Damit verbunden sind zugleich deutlich niedrigere Opportunitätskosten der Eltern, wodurch sich insbesondere in einkommensschwächeren Familien Lenkungseffekte zugunsten einer dualen beruflichen und zuungunsten einer (allgemeinbildenden) schulischen Ausbildung ergeben können. Eine aktuelle Erhebung von Heine/Spangenberg/Sommer (2006) zeigt, dass dies auch für junge Menschen mit einer Studienberechtigung ein sehr wichtiger Grund bei der Entscheidung gegen ein Studium ist. Die im Vergleich zu anderen Ländern deutlich stärkere soziale Selektionsfunktion des deutschen Bildungssystems dürfte zu einem ganz erheblichen Anteil dadurch erklärt werden können, insbesondere wenn sich nur die Hälfte der Studienberechtigten, deren Eltern kein Hochschulstudium abgeschlossen haben, für ein Studium entscheiden.

Als alternativen Ansatz zur grundlegenden Reform hat der Verfasser in einem anderen Beitrag (Dohmen 2004) ein „virtuelles“ Bildungskonto für lebenslanges Lernen vorgeschlagen, das ausreichend Bildungsgutscheine für 20 bis 25 Bildungsjahre haben sollte. Da der vorliegende Beitrag einen anderen Fokus hat, sei auf eine ausführliche Diskussion verzichtet und stattdessen auf den anderen Beitrag verwiesen.

Literatur

- Arnhold, Grit (2005), *Kleine Klassen - große Klasse? Eine empirische Studie zur Bedeutung der Klassengröße für Schule und Unterricht*, Bad Heilbrunn.
- Baumann, Thomas (2003), *Ausgaben je Schüler im Sekundarbereich II*, in: *Wirtschaft und Statistik* 2004, (3), S. 345-348.
- Baumert, Jürgen (Hrsg.) (2001), *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen.
- Beicht, Ursula, Klaus Berger, Günter Walden (2003), *Aktuelle Tendenzen betrieblicher und öffentlicher Finanzierung der beruflichen Ausbildung in Deutschland*, in: *Bildung und Erziehung* 2003, (4), S. 423-445.

- BIBB (2007), Datenbank Ausbildungsvergütungen, Bonn, Fundstelle: <http://www.bibb.de/de/783.htm> (eingesehen am 29.10.2007).
- Billerbeck, Klaus (1968), Kosten-Ertrags-Analyse, Berlin.
- Brunello, Giorgio (2001), On the Complementarity Between Education and Training in Europe, Discussion Paper, No 309, IZA - Institute for the Study of Labor, Bonn.
- Bund-Länder-Kommission (2005), Bildungsfinanzstatistik. Sachstand und Vorschläge zur Verbesserung, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, 128, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), Bonn.
- Bund-Länder-Kommission (2006), BLK-Bildungsfinanzbericht 2004-2005. Bericht, Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, 137-II, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), Bonn.
- Chrisholm, Lynne, Anne Larson, Anne-France Mossoux (2005), Lebenslanges Lernen: Die Einstellungen der Bürger in Nahaufnahme. Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage, Luxemburg.
- de Hessel, Vera (2002), Der aktuelle Stand der Regelung des Familienleistungsausgleichs im Einkommensteuerrecht, in: FiBS-Forum (10).
- Dohmen, Dieter (1999), Ausbildungskosten, Ausbildungsförderung und Familienlastenausgleich. Eine ökonomische Analyse unter Berücksichtigung rechtlicher Rahmenbedingungen, Berlin.
- Dohmen, Dieter (2004), Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita bis zur Weiterbildung, in: FiBS-Forum (22).
- Dohmen, Dieter (2007a), Aktuelle Trends der nachfrageorientierten Weiterbildungsfinanzierung in Europa - eine Synopse, in: FiBS-Forum (40).
- Dohmen, Dieter (2007b), Empirische Erfahrungen mit Bildungsgutscheinen: Was können wir für die deutsche Diskussion lernen? in: Recht der Jugend und des Bildungswesens (1), S. 37-64.
- Dohmen, Dieter (2007c), Economics of Vocational Education and Training - Introduction and Overview, Gutachten im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Berlin.
- Dohmen, Dieter, Annegret Erbes, Kathrin Fuchs, Rainer Voßkamp (2007), Ergebnisse der Vertiefungsstudie zur Bildungsfinanzierungsgesamtrechnung - Analyse vorliegender Meta- und Längsschnittstudien. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, BMBF, Berlin.
- Dohmen, Dieter, Abraham Hailesselassie (2002), Entwicklung und Einschätzung von bildungsökonomischen Indikatoren hinsichtlich der Einwirkung auf das deutsche Bildungssystem für den Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin.
- Dohmen, Dieter, Michael Hoi (2004), Bildungsausgaben in Deutschland - eine erweiterte Konzeption des Bildungsbudgets, in: FiBS-Forum (20).
- Dohmen, Dieter, Gernot Weißhuhn, Jörn Große Rövekamp (2007), Berichtsteil „Bildung“ für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung - Lelab 3-Auswertungen und Analysen. Kurzstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin.
- Ehmann, Christoph (2001), Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit, Bielefeld.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2006), Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Brüssel.
- Grüske, Karl-Dieter (2002), Wer finanziert wem das Studium? Verteilungswirkungen der Hochschulfinanzierung, in: Dieter Dohmen, Birgitt A Cleuvers (Hrsg.), Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung. Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule, Schriften zur Bildungs- und Sozialökonomie, Band 1, Bielefeld.
- Heine, Christoph, Heike Spangenberg, Dieter Sommer (2006), Studienberechtigte 2004 Übergang in Studium, Ausbildung und Beruf. Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten 2004 ein halbes Jahr nach Schulabgang im Länder- und Zeitvergleich, in: Kurzinformation HIS 2006, (A5).

- Heise, Maren, Wolfgang Meyer (2004), The benefits of education, training and skills from an individual life-course perspective with a particular focus on life-course and biographical research, in: Pascaline Descy, Manfred Tessaring (Hrsg.), Impact of education and training. Third report on vocational training research in Europe: background report, Luxembourg, S. 322-381.
- Hetmeier, Heinz-Werner, Rainer Wilhelm, Thomas Baumann (2007), Methodik zur Gewinnung der Kennzahl "Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler", in: Wirtschaft und Statistik 2007, (1), S. 68-76.
- Holtzmann, Hans-Dieter (1998), Öffentliche Finanzierung der Hochschulausgaben in der Bundesrepublik Deutschland - Verteilungseffekte, alloкатive Folgen und Reformbedarf, Nürnberg.
- Hovestadt, Gertrud, Nicole Eggers (2007), Soziale Ungleichheit in der allgemein bildenden Schule. Ein Überblick über den Stand der empirischen Forschung unter Berücksichtigung berufsbildender Wege zur Hochschulreife und der Übergänge zur Hochschule. Im Auftrag der Hans Böckler Stiftung, Rheine.
- Isserstedt, Wolfgang, Elke Middendorff, Gregor Fabian, Andrä Wolter (2007), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin.
- Kreyenfeld, Michaela, Katharina Spieß (2002a), Die Förderung von Kindertageseinrichtungen - eine Analyse ihrer verteilungspolitischen Konsequenzen, in: Georg Neubauer, Johannes Fromme, Angelika Engelbert (Hrsg.), Ökonomisierung der Kindheit. Sozialpolitische Entwicklungen und ihre Folgen, Opladen, S. 59-76.
- Kreyenfeld, Michaela, Katharina Spieß, Gerd Wagner (2002b), Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform, Neuwied.
- Münnich, Margot (2006), Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder. Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, in: Wirtschaft und Statistik 2006, (6), S. 444-470.
- OECD (2007), Education at a Glance 2007. OECD Indicators, Paris.
- OECD (2007b), PISA 2006 - Schulleistungen im internationalen Vergleich. Naturwissenschaftliche Kompetenzen für die Welt von morgen, Paris.
- Pfeiffer, Friedhelm (2001), Training and Individual Performance in Europe: Evidence from Microeconomic Studies, in: Pascaline Descy, Manfred Tessaring (Hrsg.), Training in Europe. Second report on vocational training research in Europe: background report, Luxembourg, S. 7-41.
- Pritchett, Lant, Deon Filmer (1999), What education production function really show: a positive theory of education expenditures, in: Economics of Education Review (18), S. 223-239.
- Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung (1998), Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung, Diskussionspapiere, 1, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2007), Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt (2003), Finanzen und Steuern. Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2000, Fachserie 14 / Reihe 3.4, Metzler/Poeschel, Wiesbaden.
- Sturn, Richard (2002), Öffentliche Hochschulfinanzierung und Verteilungswirkungen, in: Dieter Dohmen, Birgitt A Cleuvers (Hrsg.), Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung. Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule, Schriften zur Bildungs- und Sozialökonomie, Band 1, Bielefeld.
- Sturn, Richard, Gerhard Wohlfahrt (1999), Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen, Wien.

Wacker, Konstantin (2007), *Teure neue Lehrstellen. Eine Untersuchung zur Effizienz des Blum-Bonus*, Abteilung Wirtschaftspolitik, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich Abteilung Wirtschaftspolitik, Wien.

Wilhelm, Rainer, Thomas Baumann (2006), *Im Fokus: Ausgaben je Schüler/-in 2004*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Wilhelm, Rainer, Thomas Baumann (2007), *Im Fokus: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Willand, Ilka, Astrid Stroh (2007), *Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2007*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.